

Der plötzlich grüne Staatskonzern

Welt, 03.08.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus246687316/Uniper-Der-plotzlich-gruene-Staatskonzern.html>

Nach seiner Verstaatlichung stützt Deutschlands wichtigster Gasversorger nun die Energiewende-Politik der Bundesregierung. Der Bau neuer Gaskraftwerke soll Wind- und Solarstrom absichern. Für Uniper ist die grüne Metamorphose auch der finale Bruch mit den einstigen Unternehmenszielen.

Die deutschen Steuerzahler hatten den Energieriesen Uniper im vergangenen Jahr vor der Pleite gerettet, weil sonst die gesamte deutsche Gasversorgung in Gefahr gewesen wäre. Überraschend schnell geht es dem staatseigenen Konzern nun wieder gut.

Für den Bund als neuen Eigentümer soll das Unternehmen von jetzt an Aufgaben erfüllen, die über die Gewährleistung von Versorgungssicherheit hinausgehen: Energiewende lautet das neue Ziel.

Der neue Uniper-Chef Michael Lewis, einst E.on-Manager in Großbritannien, soll und will den Konzern jetzt schnell grün machen. Lewis kündigte bei der Vorlage der Halbjahresbilanz in Düsseldorf an, das gesamte Geschäft schon 2040 klimaneutral zu betreiben und damit zehn Jahre früher als bislang geplant.

Das letzte Kohlekraftwerk soll schon 2029 schließen, die Stromproduktion europaweit schon 2030 zu 80 Prozent CO₂-frei sein. Erstmals ist auch der Einstieg in den Bau von Wind- und Solarparks geplant.

Uniper war in seiner Rolle als größter deutscher Gasversorger beinahe in die Insolvenz gerutscht, als Russland im vergangenen Jahr alle Brennstoff-Lieferungen einstellte. Um seine Verträge mit den Kunden erfüllen zu können, musste Uniper in kürzester Zeit zu enorm gestiegenen Preisen Ersatzgas am Weltmarkt aufkaufen. Die finanzielle Last war so groß, dass ein 33 Milliarden Euro großes Hilfspaket der Bundesregierung nötig wurde. Verstaatlichung war die Folge.

Nach der Abschreibung aller Gas-Altlasten gelang die Rückkehr in die Gewinnzone überraschend schnell. Im ersten Halbjahr 2023 machte Uniper schon wieder einen Vorsteuergewinn (Ebit) von 3,7 Milliarden Euro. Maßgeblich waren die hohen Strompreise, die den Betrieb von Kraftwerken in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden sehr profitabel machten.

Auch die schwedischen Atomkraftwerke, die über Uniper jetzt praktisch in Bundesbesitz sind, trugen zum guten Ergebnis bei. „Uniper is back“, stellte Lewis am Dienstag fest.

Die Bundesregierung hatte den Konzern zwar aus Gründen der Versorgungssicherheit gerettet. Doch ab sofort hat der Staatskonzern einen weiteren Unternehmenszweck: Er unterstützt die Energiewende-Ziele der Bundesregierung. Bis 2030, kündigte Lewis an, werde man mehr als acht Milliarden Euro in die „grüne Transformation“ investieren.

Für Uniper ist die grüne Metamorphose der finale Bruch mit den Unternehmenszielen, die bei der Gründung im Jahre 2016 galten: Damals gliederte die Konzernmutter E.on alle fossilen Kraftwerke in die Tochter Uniper aus, um sich selbst auf die grüne Energiewende konzentrieren zu können.

Uniper galt als „bad bank“, in der nicht mehr zukunftssträchtige, klimaschädliche Energieerzeuger abgeladen werden. Allerdings wurde aus Uniper mit seinen Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken sowie dem Erdgashandel danach ein hochprofitabler, unabhängiger Konzern.

Arbeitet Uniper als staatseigener Konzern jetzt eine politische Agenda ab, mit Risiken, die ein privater Investor scheuen würde? Lewis streitet das ab: „Ziel unserer Strategie ist es, ein in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht nachhaltiges Unternehmen aufzubauen.“

Im Mittelpunkt stehe der Unternehmenswert. „Wir glauben, dass dies die beste Strategie ist, um dem Bund gute Ausstiegsbedingungen zu geben“, sagte Lewis.

Uniper soll bis 2028 wieder privatisiert werden

Tatsächlich ist das Engagement des Bundes befristet: Die EU-Kommission hatte die Rettungsdarlehen für Uniper nur unter der Bedingung freigegeben, dass das Unternehmen bis 2028 wieder privatisiert wird.

Noch bis Ende dieses Jahres ist die Bundesregierung gehalten, der EU eine Exit-Strategie vorzulegen. Finanzvorstand Jutta Dönges erklärte, das Unternehmen werde alles tun, um dem Bund einen möglichst frühzeitigen Ausstieg aus Uniper zu ermöglichen.

Bis es so weit ist, orientiert sich die neue Uniper-Strategie stark an den Energiewende-Zielen der Ampel-Koalition. Ausgangspunkt bleibt Unipers Rolle als wichtigster deutscher Gasversorger: Die Erdgas-Menge, die Uniper an über 1000 Stadtwerke und Industriekunden verteilt, reicht aus, um 22 Millionen Einfamilienhäuser zu versorgen.

Dieser fossile Brennstoff soll nun aber schnell grüner werden: Bis 2030 will Uniper nun den Anteil grüner Gase, wie etwa Biomethan und Wasserstoff, auf fünf bis zehn Prozent steigern. Eine Elektrolyse-Leistung von einem Gigawatt ist in Deutschland geplant. Bei einer Wasserstoff-Produktion in dieser Größenordnung handelt es sich zwar um eine Vervielfachung bisheriger Werte.

Allerdings rechnet die Bundesregierung eigentlich mit deutlich mehr Wasserstoff-Produktion in Deutschland: Laut Nationaler Wasserstoffstrategie sollen zehn Gigawatt Elektrolyse-Leistung bis 2030 aus dem Boden gestampft werden.

Mit einem Anteil von lediglich zehn Prozent investiert der größte deutsche Gaskonzern Uniper, gemessen an seinem Marktanteil, also stark unterdurchschnittlich in den Aufbau der hiesigen Wasserstoffproduktion. „Ein Gigawatt sind ambitioniert und erreichbar“, begründete Chief Operating Officer (COO) Holger Kreetz die Zurückhaltung.

Wie sich die acht Milliarden-Investments in die grüne Transformation genau aufteilen auf Wasserstoff-Herstellung, Wind- und Solarparks, darüber wollte die Uniper-Führung noch nichts verkünden.

Eins ist aber sicher: Uniper will auch neue Gaskraftwerke bauen, die zum Ausgleich des schwankenden Wind- und Solarstrom-Aufkommens in Deutschland dringend benötigt werden. Private Investoren hatten sich dazu bislang nicht bereit gefunden.

„Strom kommt bei uns aus grüner, aber auch flexibler, das heißt planbarer Erzeugung: Das Eine geht nicht ohne das Andere, wenn wir eine sichere Versorgung wollen“, begründete Lewis die geplanten Ausgaben für Backup-Kraftwerke: „Deshalb wird Uniper beides ausbauen.“

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte den Bau neuer Gaskraftwerke von mehr als 20 Gigawatt Leistung bis 2030 für nötig befunden. Die Kraftwerke sollen alle von Gas auf Wasserstoff umrüstbar sein. Investoren fanden sich dafür bislang nicht. Auch die EU-Kommission blockiert neue Subventionen für Gaskraftwerke aus Wettbewerbsgründen.

Am Dienstag erklärte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) jedoch, sich mit der EU-Kommission im Grundsatz geeinigt zu haben, auch wenn eine konkrete EU-Erlaubnis für die Zahlung von Beihilfen noch ausstehe.

„Für einige Stunden“ brauche es neben der wetterabhängigen Wind- und Solarkraft künftig auch „steuerbare Kraftwerke“, so Habeck. „Die Umstellung und Dekarbonisierung des fossilen Kraftwerksparks ist daher der nächste wichtige Schritt. Und es ist deshalb umso wichtiger, dass wir den Rahmen für Wasserstoffkraftwerke mit der Europäischen Kommission abgesteckt haben.“

Konkret will die Bundesregierung 8,8 Gigawatt an neuen Kraftwerken ausschreiben, die von Beginn an mit Wasserstoff betrieben werden. „Und wir wollen bis 2035 bis zu 15 Gigawatt an Wasserstoffkraftwerken ausschreiben, die vorübergehend mit Erdgas betrieben werden können bis sie an das Wasserstoffnetz angeschlossen sind, maximal jedoch bis 2035“, erklärte Habeck. „Von diesen 15 Gigawatt wollen wir in einem ersten Schritt zehn Gigawatt bis 2026 ausschreiben und dann eine Evaluierung vornehmen, bevor die verbleibenden fünf Gigawatt ausgeschrieben werden können.“